

Kurz notiert

Justiz kündigt Vertrag. Das Justizministerium hat auf den Fall eines Psychotherapeuten reagiert, der unlängst rechtskräftig verurteilt wurde, weil er gegen Entgelt falsche Drogentests verkauft hat. Der Verein, für den der Therapeut tätig war, hat bisher auf Basis einer Rahmenvereinbarung mit dem Ministerium Maßnahmen nach dem Grundsatz „Therapie statt Strafe“ angeboten. „Eine Prüfung hat dazu geführt, dass der Vertrag mit dem Verein aufgekündigt wurde“, teilte Britta Tichy-Martin, Ressortmediensprecherin des Justizministeriums, mit. Klar sei, dass der Verein unter Einhaltung der entsprechenden Fristen für die Justiz keine Begutachtungen mehr durchführen wird, so Tichy-Martin. Es dürfte auch mit weiteren Einrichtung Probleme geben. Wer mit Vertretern der Wiener Strafjustiz spricht, hört von Häftlingen, welche die für sie zuständigen Richter brieflich bitten, ihre Therapie nicht dort antreten zu müssen, weil dort „alles“ an verbotenen Substanzen zu bekommen sei. Um von Drogen loszukommen, sei dieser Ort der falsche Platz, bestätigen auch Anwälte, die mit Drogenbeschaffungskriminalität zu tun haben.

Vierjähriger tot. Ein vierjähriger Bub ist am Donnerstag durch einen Fenstersturz in Donaustadt gestorben. Eine Funkwagenbesatzung und eine Ärztin außer Dienst hatten noch vergeblich versucht, das Kind zu reanimieren. Der Hergang des Unfalls in der Ziegelhofstraße sei vorläufig unklar, erklärte die Polizei.

Häupl äußert sich zu Uber. Wiens Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) will sich in den Disput über den Fahrdienstvermittler Uber, der aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Handelsgerichts Wien seine Dienste in der Bundeshauptstadt vorübergehend eingestellt hat, nicht einmischen. Auf die Frage, was er von der Maßnahme halte, erklärte er am Rande eines Brüssel-Besuchs am Dienstag: „Ich breche nicht in Tränen aus, wenn die nicht mehr da sind.“ Es gehe ihm aber auch nicht um die Verteidigung von Besitzständen der Taxifahrer.



Die Polizei, Security-Mitarbeiter der Wiener Linien sowie der ÖBB patrouillierten bereits am Donnerstag.

Foto: Stanislav Jenš

Von Ina Weber

Wien. Eine Gruppe von Männern steht bei den Bänken am Vorplatz des Pratersterns. In ihren Händen halten sie Bierdosen. Ein ähnliches Grüppchen hält sich beim U1-Ausgang bei den Kebab-Ständen auf. Vereinzelt sieht man Männer mit Alkohol auf der Rückseite in Richtung Venediger Au. Alles geht scheinbar seinen gewohnten Gang am Donnerstagvormittag – einen Tag vor dem vom zukünftigen Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) verordneten Alkoholverbot am Praterstern.

Bezirksrat Josef Iraschko von der Partei Wien anders in der Leopoldstadt hält eine Rede. Er ist sichtlich bewegt: „Der öffentliche Raum gehört allen“, sagt er. „Armut, Obdachlosigkeit und Krankheit sollen aus dem Stadtbild wegrauschieren werden. Gesellschaftliche Konfliktpunkte geographisch zu verlagern, löst kein einziges Problem.“ An die wenigen Anwesenden wird gratis Bier verteilt.

Ab heute, Freitag, ist der Platz zwischen Venediger Au, Haupt-

allee, Praterstraße und Nordbahnstraße alkoholfreie Zone. „In den öffentlichen Bahnhofs-, Stations- und Haltestellenbereichen samt Zugangswegen des öffentlichen Personennahverkehrs und den angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen und Grünanlagen am Praterstern und im Venediger-Au-Park ist das Konsumieren von alkoholischen Getränken verboten“, heißt es in der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien. „Wer den Geboten oder Verboten dieser ortspolizeilichen Verordnung zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.“

Gestraft werden soll zunächst mit Hinweisen und Verweisen, dann mit Geldstrafen, die zwischen 70 und 700 Euro (bei Wiederholungstätern) liegen können. Die „Wiener Zeitung“ hat berichtet. „Man wird sich den Einzelfall anschauen müssen“, sagt Polizeisprecher Daniel Fürst am Donnerstag. Ähnlich dem Anti-Gesichtsverhüllungsverbot gäbe es Graubereiche. „Wenn Sie beim Würstelstand ein Bier trinken oder am Praterstern Alkohol kau-

fen, und diesen im Sackerl mit sich führen, wird niemand etwas sagen“, so Fürst. Eine Bierdose öffnen und mitten am Praterstern große Schlucke nehmen, gehe aber nicht mehr, egal ob man erfolgreicher Unternehmer oder Obdachloser ist.

Das Alkoholverbot ist nicht unumstritten. Was für Ludwig, die Wiener Polizei, ÖVP und FPÖ eine Handhabe sein soll, gewalttätigen Gruppen Herr zu werden, ist für die Grünen, die Neos und so manchen Suchtexperten sinnlos und ziehe bloß eine Verlagerung mit sich. Christoph Stoik von der FH Campus Wien, ist gegen ein Verbot. Der Professor mit Schwerpunkt für soziale Arbeit im öffentlichen Raum hält soziale Maßnahmen wie niederschwellige Arbeit vor Ort, für sinnvoller. „Wien ist eine der sichersten Städte der Welt. Die Situation am Praterstern hat sich in den vergangenen Jahren massiv beruhigt“, sagt er. Warum gerade dieser Platz mit Angst assoziiert wird, sei viel mehr der Politik und den Medien geschuldet. „Wenn an einem Hotspot ein

Verbrechen passiert, so wird das viel stärker betont, als wenn dasselbe Verbrechen in Hietzing oder Währing passiert“, sagt er.

Michael Musalek, Ärztlicher Leiter am Anton-Proksch-Institut, wiederum spricht sich für das Alkoholverbot aus: Je schlechter Alkohol im Spiel war, desto geringer sei der Konsum, sagte er im Ö1-Interview.

Rückgang von Strafhandlungen

Die Polizei bestätigt, dass strafbare Handlungen am Praterstern „grundsätzlich zurückgegangen“ sind. Dennoch habe es in den vergangenen drei Monaten rund 50 Fälle gegeben, bei denen Alkohol im Spiel war. Daher sei die Verordnung sinnvoll.

Wer glaubt, dass nur das offensichtliche Trinken betroffen ist, der irrt. Auch das bloße Mitführen von Flaschen kann kontrolliert werden. Diese seien auf Verlangen auszuhändigen. Man weiß also, was zu tun ist, wenn es in Zukunft nicht nur „Fahr-schein, bitte“, heißt, sondern auch „Ihre Flasche, bitte!“ ■

Gastkommentar

Immer und Über all

Taxifahren ist kein Honiglecken, im Gegenteil: Warum der Fahrgast nicht König ist und Uber stets zu Diensten.

Von Wolfgang F. Vogel

Jetzt ist es endlich soweit: Uber darf nicht mehr fahren. Wirtschaftsförderung nach heimischem Muster ist nunmehr – zumindest einstweilig – exekutierbar. Wirtschaftsförderung durch Schikanen, die denen auferlegt werden, die sich einer neuen Zeit anzupassen versuchen. Damit alles beim Alten bleibt, dabei wäre gerade in einer Stadt wie Wien mit einem vorbildlichen öffentlichen Verkehrssystem wichtig, dass sich das Taxi in dieses System einfügt und spezifische Aufgaben übernimmt. Wer am Hauptbahnhof aussteigt, sieht gleich die ganze Misere. Dort gibt es nämlich kaum Taxis mit Funk, daher werden auch keine Bankomat- oder Kreditkarten genommen. Wir zeigen es den Reisenden schon: Da drüben ist eine

Bank. Nur bares ist wahres und gemma. Erst mit der gefüllten Brieftasche kann man versuchen, ein Taxi zu bekommen. Und dann muss dem Fahrer die Strecke auch gefallen. Sonst geht da gar nix. Die Wiener Linien haben eine Mobilitätskarte auf den Markt geworfen, mit der man nicht nur mit den Öffis sondern auch mit den Taxis – der beiden Funkgenossenschaften – fahren kann. „Wolfgang fährt anders“ steht auf meiner drauf. Das stimmt. Nur Taxifahren kann man damit nicht. Die Karte kennt niemand – und es wird mit ihr so hantiert, dass mit Sicherheit eine Fehlermeldung kommt. Und dann geht's halt wieder mit Barem. Und wer nach Wien kommt – mit dem Flugzeug – lernt auch gleich ein bisschen Geografie. Der Wiener Flughafen liegt in Niederösterreich



Wolfgang F. Vogel studierte Rechtswissenschaft, Philosophie, Politikwissenschaft und Geschichte in Graz, Linz, Hagen (Westfalen), Milton Keynes (England) und Wien. Er ist derzeit für eine Unternehmensgruppe tätig, die sich bemüht, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

und da ist eine Grenze dazwischen, die man erst einmal fühlen muss. Learning by doing. Mit Uber, mit den Airport Drivern, mit denen kann man fahren. Nicht aber mit einem Wiener Taxi. Denn das muss leer zurück fahren.

Wer dann kein Niederösterreichsches Taxi erwischt, sei an die Rail Jets verwiesen, oder an CAT. Ja, es geht natürlich auch so. Im ersten Fall ist man gleich wieder am Hauptbahnhof, hat Geld in der Tasche und eine Strecke vor sich, die auch die Billigung der Taxler findet. Allerdings: Man darf kein Stammkunde sein. Stammkunden haben nämlich den Stammkunden-Malus. Wenn jemand nur kurze Strecken fährt, das aber mehrmals pro Woche – ich weiß es aus eigener Erfahrung –, dann beginnen die Taxi-Lenker wild zu fucheln und auf ein anderes

Taxi zu deuten, das „dran“ sein soll. Dort deutet dann auch wer und so weiter. Einmal gab's sogar eine Schlägerei. Wohl gemerkt: um eine Nichtfahrt!

Wenn man dann kurzerhand einen Wagen entert, wird man gleich nach Nennung des Fahrziels ernst ermahnt: „Wenn Sie so kurze Strecken fahren, MÜSSEN Sie den letzten Wagen am Standplatz nehmen!“ Die kurze Zehn-Euro-Fahrt, auf die er eineinhalb Stunden gewartet hat, ist ihm zu wenig lukrativ. Auf das Glück der großen Fuhr wartet man oft lange, auch vergeblich. Und wer nach der langen Belehrung – unbeantwortet bleibt die Frage, warum Uber eigentlich dauernd unterwegs ist – der Fahrt beharrt, bekommt man dann die Zensur-Note: „Sie wollen das nicht verstehen!“ Will ich auch nicht.